



Stallpost

Nr. 20 - Frühjahr 2004

Herausgegeben vom Fachschaftsrat Sozialwissenschaften
Beilage zum Kommentierten Vorlesungsverzeichnis

Nach langer Zeit gibt es endlich wieder eine Stallpost. In dieser Ausgabe soll primär der Streik und die Positionen verschiedener FSR-Mitglieder behandelt werden. Dabei gibt es sowohl Artikel, die den Streik befürworten, als auch Artikel, die ihn ablehnen.

Wir hoffen, durch die Darstellung dieser verschiedenen Positionen verdeutlichen zu können, warum der FSR Sozialwissenschaften als Gremium bisher keine eindeutige Position zum Streik gehabt hat.

Neben den Artikeln, die sich direkt auf den Streik beziehen gibt es noch weitere Artikel. Einer befasst sich mit der Frage, wie es denn jetzt in der Hamburger Landespolitik weitergehen könnte, ein anderer mit Studiengebühren und dem Fach Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, das mit großer Wahrscheinlichkeit erhalten bleiben wird. Außerdem werden noch die Neuerungen in der Bibliothek behandelt und AGs vorgestellt.

Wir haben also eine wirklich bunte Mischung an Artikeln, Meinungen

und Positionen in diesem Heft vereint. Gerade wegen dieser Meinungsvielfalt im FSR beinhalten die Artikel nicht die Meinung des Fachschaftsrates, sondern sind vielmehr Positionen der Autoren, die unter den jeweiligen Artikeln vermerkt sind.

Einen guten und aktiven Semesterstart wünscht euch der

Fachschaftsrat Sozialwissenschaften

Inhalt:

Der Uni-Streik. Eine Erfolgsgeschichte.	2
Von Selbstzerstörung und Bequemlichkeit: Kritische Bilanz der „studentischen“ Proteste des Wintersemesters 03/04	4
Wie weit würde ich gehen?	7
Bayerische Verhältnisse - oder kann der Ole jetzt machen was er will?	8
Alles für Alle und das umsonst?	10
Zeichen der Zeit - SOWI und Studiengebühren im Wandel des Protests	12
Wissenschaftliche Kooperation statt Zwangs-Fusion mit der HWP!	14
Bibliothek: 1 Euro Pfand	17
Die Konzept AG stellt sich vor	18
Eine kritische, demokratische Gegenuniversität!	19

Der Uni-Streik. Eine Erfolgsgeschichte.

Am 13.01.2004 hat eine uniweite Vollversammlung der Uni Hamburg, an der ca. 800 Studierende teilnahmen, einen Streik beschlossen. Vorausgegangen waren bereits mehrere Warnstreiks in Pferdestall und Philturm. All diese Proteste richteten sich gegen die Hochschulpolitik des Wissenschaftssenators Dräger. Bereits seit längerer Zeit existiert das kritisierte so genannte Hochschulmodernisierungsgesetz, bereits seit längerer Zeit regte sich Protest der Studierenden.

Doch bislang waren die Proteste vereinzelt, nur von Wenigen getragen und wurden in der (Universitäts-)Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Erst der Streik hat den Protesten die Kraft und den Druck verliehen, die sie verdienen, die angesichts so drastischer Veränderungen wie Langzeit- und drohenden allgemeinen Studiengebühren, drohende Zwangsexmatrikulationen, der Einsetzung eines externen von VertreterInnen der Wirtschaft dominierten Hochschulrates etc. notwendig sind. Zahlreiche Studierende wurden erst durch den Streik und die unglaubliche Anzahl an AGs, öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Diskussionen und Veranstaltungen darauf aufmerksam, wie drastisch diese Maßnahmen die Universität verändern sollen. Und zahlreiche

Studierende, die zu Protesten bereit waren, konnten sich erst im Streik, ohne ständigen Schein- und Veranstaltungsdruck mit anderen organisieren, vernetzen und ein enormes Potenzial entwickeln.

Der Streik bescherte auch in Hamburg den Protesten der Studierenden eine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und in der Universität, wie es keine andere Aktionsform erreicht hat.

Und er übt einen enormen Druck auf die Führungsgremien der Universität aus, sich mit den Forderungen der Studierenden auseinanderzusetzen. So hat der Akademische Senat während der Proteste mehrmals Forderungen der Studierenden übernommen, z.B. das Aussetzen des Moderationsprozesses zur Zusammenlegung der HWP, sowie des Fachbereichs Sozialwissenschaften (ja, wir) und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, die Nichtzurkenntnisnahme einer Studiengebührensatzung, die Verschiebung der Einführung von Langzeitstudiengebühren, den Erhalt der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte u.v.m. Selbst das Präsidium musste sich diesen Beschlüssen zum Teil beugen.

Bei der zweiten Vollversammlung, eine Woche später waren bereits ca. 2000 Studierende im Audimax versammelt und die Stimmung im

und für den Streik war besser denn je.

Die Aktionen wurden noch bunter und vielfältiger. Das Uni-Präsidium war gleich nach der ersten VV besetzt worden, die MoPo ein paar Tage später, es gab zu Dutzenden Vorlesungen in U-Bahnen und auf öffentlichen Plätzen, Theater, Demos, Veranstaltungen mit auswärtigen Dozierenden im Rahmen einer kritischen Gegenuni, die temporäre Uni Winsen wurde von Studierenden der Unis Lüneburg und Hamburg gegründet. Es gab jeden Tag eine Streikpost, eine Streikzentrale koordiniert die Veranstaltungen und Informationen und verwaltet die Homepage (www.allefueralle-hh.de.vu).

Mindestens 3 Gebäude wurden durchgängig bestreikt, andere nur zeitweilig. Eine große Zahl von Fachbereichen führte nochmals eigene Vollversammlungen durch, auf denen fachspezifische Proteste beschlossen wurden. Der Streik wurde bis zum Semesterende, also fast 4 Wochen, aufrecht erhalten.

Im normalen Unialltag wäre eine solche Mobilisierung unmöglich gewesen. Nur der Streik schaffte die personellen, räumlichen und kreativen Freiräume für diese Proteste.

Unsolidarisch sind nicht die, die für die Studienbedingungen anderer streiken (Wer Prüfungen oder Sprechstunde etc. hatte wurde

darüber hinaus durchgelassen), sondern die, die nur versuchen ihr Studium durchzuziehen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, welchen Veränderungen und Einschnitten die Universität unterworfen ist. Die Zahl der Studierenden, die nach reiflicher Überlegung diese Veränderungen befürworten ist nach meiner Beobachtung verschwindend gering. Sehr viele machen sich einfach gar keine Gedanken zu diesem Thema und sind vollkommen uninformiert und uninteressiert.

Die Wahl zur Hamburger BürgerInnenschaft hat leider keinen Politikwechsel herbeigeführt. Es ist zu befürchten, daß das Wahlergebnis nicht die Zustimmung der Hamburger BürgerInnen zur Politik des Hamburger Senats in Hamburg, sondern die Ablehnung der Politik der Berliner Regierungskoalition widerspiegelt. Über 3/4 der HamburgerInnen stimmten gegen einen Verkauf des LBK und ein Großteil von ihnen wählte somit die falsche Partei. Das wird vielen in der nächsten Zeit schmerzlich bewusst werden.

Auch die Lage in der Hochschulpolitik wird sich eher noch zuspitzen, als entspannen.

So sieht sich unser Wissenschaftssenator z.B. in einer Vorreiterrolle bei der Einführung von allgemeinen Studiengebühren. (Er warf den Vorschlag von 2500 € pro Jahr in die Diskussion. Sozial-

verträglich selbstverständlich.)
Unsere Proteste sollten jetzt nicht
abbrechen. Die Vernetzung, die
Strukturen und die Bereitschaft
sind da, die Ziele sind klar.
Ich sage, die Proteste haben ge-
rade erst begonnen.
Laßt uns weiterhin laut und deut-
lich sagen, was wir wollen:

BILDUNG FÜR ALLE - UND ZWAR
UMSONST

■ **Markus End** ist neues Mitglied
im Fachschaftsrat und beteiligt
sich aktiv am Streik.

Von Selbstzerstörung und Bequemlichkeit: Kritische Bilanz der „studentischen“ Proteste des Wintersemesters 2003/2004

Mit dem Wintersemester 2003/04
ging eine brisante, durchwachse-
ne Vorlesungszeit zu Ende. Die
massiven Hochschulreformvorha-
ben des Hamburger Senats, die
seit gut zwei Jahren für Diskussi-
onen und Proteste sorgen, ma-
chen sich in ihrer Umsetzung be-
merkbar. Ob Studiengebühren,
Institutsschließungen, Fachbe-
reichszusammenlegungen oder
die Umgestaltung der universitä-
ren Selbstverwaltungsgremien –
die fragwürdigen Ziele und Me-
thoden des Wissenschaftssenat-
ors Dräger provozierten den bis-
herigen Höhepunkt des Wider-
stands. Im motivierenden Fahr-
wasser der studentischen Aktio-
nen in Berlin wurden Vollver-
sammlungen (VVs) mit teilweise
mehr als 2000 Teilnehmern ein-
berufen, Aktions- und Informati-

onsplattformen aufgebaut, Pro-
test organisiert und sogar, in Ko-
ordination mit Unis anderer Städ-
te, eine „Gegenuni“ geplant. Es
wurden aber auch Gebäude blo-
ckiert, somit Veranstaltungen
verhindert und Diskussionsveran-
staltungen mit Torten gesprengt.
Was bleibt also bei einem Zwi-
schenfazit zur vorlesungsfreien
Zeit unter dem Strich übrig?

Erstens: Die Umsetzung des
Hamburger Hochschulgesetzes
schreitet, teilweise verzögert, a-
ber inhaltlich vom Protest prak-
tisch unbeeinflusst voran. We-
sentliche Akteure sind noch weni-
ger Dialogbereit und wagen sich
im Falle Drägers nur noch unter
Personenschutz an die Uni. Dies
lässt erwarten, dass die weitere
Reformumsetzung einseitiger, re-
striktiver und schneller voran-

schreiten wird.

Zweitens: Die Studierenden als potentiell einflussreicher Akteur wurden nicht gestärkt, weil ge-eint, sondern geschwächt, weil gespalten. Der zusätzliche Mobilisierungseffekt, der sich aus der Blockade versprochen wurde, hatte (wenn man die VVs als Maßstab nimmt) kurzzeitigen Erfolg, stagnierte aber und nahm zum Ende des Semesters wieder ab. Die Proteste wurden in ihrer expliziten Form scheinbar nicht einmal von jedem zwanzigsten Studierenden getragen. Stattdessen macht sich vor allem aufgrund der Blockaden bei vielen Enttäuschung, Wut oder Resignation bemerkbar – eine tragische Tendenz, welche die Befürchtung schürt, dass sich im Sommersemester ein bitterer Konflikt innerhalb der Studierendenschaft ent-zünden könnte.

Drittens: Einflussreiche Unterstützung innerhalb des Lehrpersonals beginnt zu bröckeln. Lehrende, welche ihre Veranstaltungen noch in U-Bahnen oder Einkaufspassagen abgehalten haben, distanzieren sich von studentischer Protestform. Dies liegt vor allem an dem respektlosen Umgang mit politischen Gegnern, welcher von Dialogunfähigkeit und -Unwilligkeit zeugt.

Viertens: Studienbedingungen, deren unzweifelhaften Mängel stetig angeprangert werden, verschlechtern sich. Die Blockaden

führen zu Sachzerstörung, Demotivation und der Unmöglichkeit dem Studium nachzugehen.

Die Ursache für das hier so negativ ausfallende Fazit ist an einigen wesentlichen Punkten festzumachen.

Die Blockade: Über die Hochschulreformen des Hamburger Senats sollte sich jede(r) Studierende informieren und eine Meinung bilden. Wer zu dem Schluss kommt, die Reformen bekämpfen zu wollen oder zu müssen, sollte dies tun, es muss aber darauf geachtet werden, mit welchen Mitteln, Effekten und Auswirkungen auf andere dies geschieht. Das heißt: Jeder hat das Recht zu streiken, aber niemand darf andere daran hindern, ihr freiheitliches Recht auf universitäre Bildung an dem dafür vorgesehenen Ort in Anspruch zu nehmen. Der Blockadestreik säht nicht nur Zwietracht und ist kontraproduktiv, sowie in sich widersprüchlich, da er das Mittel der Rechtsbeschränkung nutzt, welches er zu bekämpfen vorgibt. Er stellt auch eine Bevormundung von KommilitonInnen und Lehrenden dar, die inakzeptabel ist und von einem mickrigen Demokratieverständnis zeugt. Letzteres zeigt sich ebenso in der vorherrschenden Diskussionskultur.

Diskussion und Information: Ereignisse auf Uni-Vollversammlungen und Diskussionsveranstaltungen zeichnen ein trauriges Bild

von Dialog und Meinungsfreiheit. Argumentationsartikulation politischer Gegner wird mit Zwischenrufen und Beschimpfungen unterdrückt oder per Tortenwurf verhindert. In diesem Vorgehen macht sich deutlich Schwäche bemerkbar. Es scheint Angst vorhanden zu sein, sich mit vermeintlich stärkeren Akteuren inhaltlich auseinander zu setzen. Die einseitige und streckenweise propagandistische Informierung thematischer Neueinsteiger bekräftigt diesen Schein. Es wird nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung torpediert, sondern auch (und das zeigt sich ebenso in einer Blockade) KommilitonInnen die Fähigkeit einer eigenen Meinungsbildung abgesprochen.

Mangelndes Engagement: Ein weiterer wichtiger Faktor macht den Irrglauben der Blockadebefürworter, sie würden die mehrheitliche Meinung unter den Studierenden repräsentieren, allerdings schon fast nachvollziehbar. Es ist das Desinteresse und die mangelnde Bereitschaft der meisten Studierenden, durch Meinungsbildung und –äußerung zur Gestaltung der eigenen Umwelt (hier die Universität) beizutragen. Kritik und Diskussion ist von vielen höchstens beim Kneipenabend oder in der Mensa zu hören. Es fehlen Wille oder Mut die eigene Meinung vorzubringen und auch das zeichnet die Uni. Folge ist,

dass Missstände nicht auf die Agenda gelangen und kein Druck auf entsprechende Gremien oder Einzelakteure entsteht, Veränderung herbeizuführen. Folge ist außerdem, dass einigen wenigen überproportionaler Einfluss ermöglicht wird, welche dann als Stimme aller Studierenden in der Öffentlichkeit oder gegenüber politischen Gegnern wahrgenommen werden. Schon der Besuch bei einer Fachbereichsversammlung könnte dies verhindern, eine kurze Anmerkung oder Nachfrage gegenüber Gremien Studienbedingungen verbessern.

Alles in allem ist es mir wichtig hier zu folgendem aufzurufen: Bildet Euch sorgfältig eine eigene Meinung über die Hochschulreformen und engagiert Euch für Eure Universität, bzw. für Euren Fachbereich. Sei es einfach indem Ihr Eure Meinung kund tut oder auf Missstände aufmerksam macht, sei es in aktivem, kreativem Protest oder in den Selbstverwaltungsgremien. Aber zwingt nicht andere etwas zu tun oder zu lassen und achtet auf eine faire, respektvolle Diskussionskultur.

■ **Felix Schreiter** studiert Politik im 5. Semester, ist Mitglied des Fachschaftsrates und studentischer Vertreter im Institutsrat Politik.

Wie weit würde ich gehen?

Ich möchte hier auf eine Frage eingehen, die sich für mich während des Streiks zur zentralen und immer wieder gestellten Frage entpuppte.

Die Frage lautet: „Wie weit würde ich gehen?“

Zuerst dachte ich, die Frage würde „Was ist Gewalt?“ lauten und die vorige Frage würde sich damit von selbst erledigen, da ich Gewalt ja natürlich ablehne. Aber so einfach ist es nicht. Denn der Begriff der Gewalt ist sehr vielschichtig. So kann er problemlos beispielsweise eine Spontandemonstration, einen Zwischenruf auf einer Kundgebung oder Sitzblockaden mit einschließen, Aktionen, die üblicherweise nicht direkt als Gewalt bezeichnet werden. Doch der Übergang ist fließend.

Die erste Aktion der streikenden Studierenden nach der unweiten Vollversammlung, die den Streik beschlossen hat, war die Besetzung des Büros von Uni-Präsident Lüthje. Hier wurde ich zum ersten Mal vor die erstgenannte Frage gestellt. Hier gingen Studierende in das Büro und teilten mit, sie gingen nicht mehr weg. „Gewalt?“ „Wie weit würde ich gehen?“

Später tauchte diese Frage immer wieder bei den Demos, den Besetzungen und beim mittlerweile berühmten „Tortenschwurf“ auf Wis-

senschaftssenator Dräger auf.

Die Frage muss jedeR für sich beantworten.

Ein wichtiger Punkt bei der Beantwortung der Frage ist sicherlich auch der, des Anlasses. Beim Versuch eine Diktatur durch Massenproteste zu stürzen ist die Bereitschaft zu Gewalt anders, als bei einer ungerechten Straßenplanung.

Die Frage sollte auch abgekoppelt werden von der Frage, welche späteren Repressionen (wie z.B. Ingewahrsamnahme, Strafanzeige etc.) mensch bereit ist, in Kauf zu nehmen. Diese beantwortet sich meiner Ansicht nach von selbst. Hat mensch die Frage „Wie weit würde ich gehen?“ gewissenhaft bedacht und für sich beantwortet, sollte nicht eine Repression sie/ihn noch davon abhalten, zu tun, was sie/er für legitim erachtet, um Ungerechtigkeit zu beseitigen. (Versteht mich bitte nicht falsch, das ist kein Aufruf zu irgendwelchen Straftaten.)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage danach, ob das, was da getan wird, auch wirklich sinnvoll ist zur Erreichung des Zieles, welches angestrebt wird.

Und ein letzter Punkt, der bei der Reflexion der Frage von Hilfe sein kann und mir persönlich sehr wichtig ist. Es erscheint eigentlich unlogisch, dass zwischen der Beurteilung der Aktionen anderer

und der eigenen Bereitschaft eine große Differenz bestünde. Doch habe ich (auch bei mir) die Beobachtung gemacht, dass z.B. die Besetzungen der Berliner Studierenden allgemein und im besonderen in der Studierendenschaft auf große Zustimmung gestoßen sind. Wobei die Wenigsten sich klargemacht haben, wie weit diese Studierenden gegangen sind. Dort wurden mit Sicherheit Türen aufgedrückt, Personal zur Seite gedrängt, geschoben und gerangelt und später der Polizei Widerstand geleistet. Lauter Taten, vor denen viele zurückschrecken oder sie sogar ver-

urteilen, wenn sie sie selbst und unmittelbar erleben.

Lauter Taten, ohne die die jetzigen Proteste nicht ein solch breites und positives Echo in Medien und Bevölkerung erhalten hätten. Ein bedenkenswerter Widerspruch finde ich.

Ja, das alles sollte mensch bedenken, wenn sie oder er sich Gedanken zu diesem Thema macht - oder den Tortenwurf auf Träger zustimmend belächelt.

■ **Markus End** ist neues Mitglied im Fachschaftsrat und beteiligt sich aktiv am Streik.

Bayerische Verhältnisse - oder kann der Ole jetzt machen was er will?

Am 29. Februar diesen Jahres werden sich die Hoffnungen so manchen Parteigängers zerschlagen haben, nach zwei Jahren CDU-FDP-Schill-Senat wieder einen Wechsel an der Spitze der Stadt herbeizuführen. Auch die Hoffnung so manch eines Studierenden wird sich an diesem Sonntag zerschlagen haben, dass an den angestoßenen Reformen im Bereich der Hochschulen noch etwas geändert werden könnte. All diese Hoffenden übersahen, dass ein Wechsel der Regierungsverantwortung keinen Politikwechsel

bedeutet hätte, aber sie hofften trotzdem, dass sich was ändern würde. Es hat sich was geändert, zwar nicht im Sinne der oben beschriebenen Hoffenden, aber es hat sich was geändert. Die CDU regiert jetzt mit absoluter Mehrheit. Aber was bedeutet das für Hamburg und für die Hochschulpolitik?

Wenn man sich als aufmerksamer Mensch in diesen Tagen in der Stadt umhört, bekommt man immer wieder zu hören: „Die werden jetzt alles noch drastischer durchsetzen.“ Oder „Jetzt wer-

den sie alles ganz ungeniert durchsetzen“. Aber mal ehrlich: War die Schillpartei so eine große Bremse für die Politik der CDU? Hat die FDP mit ihrem Einfluss die Politik der CDU so abgemildert? Ich glaube kaum. Die CDU konnte noch froh sein, diese Koalitionspartner zu haben. Gut, die Eskapaden eines Ronald Barnabas Schill hätte man sich gerne erspart, aber immerhin hatte man so einen Partei, die mit den von ihren Senatoren geführten Behörden die „Drecksarbeit“ machen konnten. Man musste sich so nicht selbst für das übermäßig harte Vorgehen gegen die Bambule-Demonstranten verantworten. Dafür war ja die Innenbehörde zuständig. Man musste sich nicht selbst dafür verantworten, wenn alte Kontorhäuser abgerissen wurden. Dafür war ja die Baubehörde zuständig. Gleiches gilt für die FDP. Die Schulbehörde unter Lange setzte mit dem Arbeitszeitmodell für Lehrer und dem Kita-Gutscheinsystem zwei Dinge durch, die auch unter der SPD schon in der Behörde durchgeplant worden sind, aber nie durchgesetzt wurden. Vielleicht weil man sich nicht traute, vielleicht weil man es nicht wollte. Wie dem auch sei. Nun hatte „Uns Ole“ ja die FDP, die das für ihn erledigte und die dann auch den Kopf hinhielt als es nicht klappte. Dass auch ein Hamburger Bürgermeister eine Richtlinienkompe-

tenz besitzt, wurde – nicht zuletzt mit Hilfe der Springerpresse – einfach verschwiegen.

Jetzt steht der Ole allein da, mit seiner Partei und seiner Verantwortung. Das wird sicherlich nicht viel ändern. Vor allem nicht im Bereich der Hochschulpolitik. Dräger bleibt im Amt und die Reformen sollen unvermindert weitergehen. Außerdem gibt es einen breiten Konsens – auch über die CDU hinaus – dass der eingeschlagenen Weg der Richtige ist. Es ist aber zu hoffen, dass die CDU sich in anderen Bereichen jetzt ihrer Regierungsverantwortung bewusst wird und auch die Bürger merken, wer in letzter Instanz für die Politik in dieser Stadt verantwortlich ist. Und dann kann wieder auf ein Neues gehofft werden.

■ **Julia Iversen** studiert im 7. Semester Politik und ist Mitglied im FSR. Außerdem ist sie Mitglied im Fachbereichsrat und in der Berufungskommission für die noch fehlende Soziologie-Professur.

Diskussionsveranstaltung

Der FSR Sozialwissenschaften veranstaltet zu diesem Thema einen Diskussionsveranstaltung am Anfang des nächsten Semesters. Achtet auf die Aushänge im Pferdestall und die Ankündigung auf der FSR-Homepage unter <http://www.fsr05.de>.

Alles für Alle und das umsonst?

„Alles für Alle und das umsonst“ – so lautet das Motto das das Streikkomitee über den Streik gestellt hat. Nur was bedeutet das eigentlich?

Als erstes fällt auf, dass in diesem Motto direkt nichts über Hochschulpolitik und die Kritik an dieser ausgesagt wird, es handelt sich vielmehr um ein allgemeinpolitisches Motto. Die Forderung ist also, die gesamte gesellschaftliche Produktion in einen Selbstbedienungsladen ohne Kasse zu verwandeln, wobei dort alle das, was benötigt wird, produzieren müssten. Das Volk wüsste selber, was produziert werden müsste, im Notfall könnte eine Elite dort ein wenig nachhelfen.

An diesem Motto kann man auch sehr gut den Streik seinen Verlauf nachzeichnen. Anfangs gibt es ein spezielles Problem, wie es die bestehende Hochschulpolitik ist. Dagegen wird also protestiert, wobei sich andere Gruppen mit diesen Protesten „solidarisieren“ und diese in einen „gesamtgemeinschaftlichen Kontext“ stellen. Diesen Kontext bilden diverse Problemfelder, die oft ziemlich beliebig miteinander verknüpft werden, was aber immer zu einem Ziel führt, nämlich zu der Kritik an dem bestehenden System. Das Solidarisieren dient dazu, die speziellen Probleme überhaupt in eine politische Richtung zu drehen,

um die abstraktere Kritik am politischen und gesellschaftlichen System zu ermöglichen und notfalls zu konstruieren. Diverse politische Gruppen des linken Spektrums haben die Uni-Proteste also an sich gerissen und ausgenutzt.

Die allgemeine Systemkritik wiederum ermöglicht eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit den bevorstehenden Reformen deren Zielen nur in einem sehr geringen Maße, da ja die abstrakte Gesamtheit das Problem darstellt und das Spezialthema nur ein Unterproblem ist, das sich – logischerweise – mit der Lösung des Gesamtproblems von selbst erledigt. Deswegen sind auch hochschulpolitische Sachkenntnisse nur Nebensache.

Problematisch bei einer solchen Herangehensweise sind mehrere Punkte. So werden die Leute von den Protesten indirekt ausgegrenzt, die zwar gegen die aktuellen Hochschulreformen, aber nicht für einen gesellschaftlichen Umsturz sind, da für diese hier ein Gewissenskonflikt besteht, der sie wohl nicht zu einer Teilnahme an den Protesten bewegen wird. Die, die dennoch an den Protesten teilnehmen, werden für höhere politische Ziele ausgenutzt, ohne dass sie es unbedingt möchten. Außerdem findet keine inhaltliche Diskussion mehr zu

hochschulpolitischen Themen statt, da durch die Fixierung auf die Nachteile der Reformen und ein starres Freund-Feind-Denken kein differenziertes Bild von diesen entstehen kann. Stattdessen bestehen die „inhaltlichen Diskussionen“ vorwiegend daraus, vorhandene Parolen zu reproduzieren und mit selbstgerechtem Moralismus zu vermischen („weil die Anderen böse und/oder dumm sind, sind wir gut“).

Daraus folgt auch, dass es bisher keine konstruktiven Gegenvorschläge gibt, die realistisch und ohne einen Systemumsturz („Politikwechsel“) umsetzbar wären. Hinzu kommt die Adressatenfrage, denn gegen irgendwen müssen sich die Proteste ja richten. Hier hilft die Kritik am Gesamtsystem den Uni-Protesten nicht weiter, da der Wissenschaftssenator nur ein sekundäres Ziel der Proteste ist und allenfalls als stellvertretend für das System angesehen wird. Dementsprechend unkonkret sind auch die Forderungen die gestellt werden - was soll ein Wissenschaftssenator denn mit Umsturzforderungen und Forderungen, die sich nicht erfüllen lassen, anfangen?

Was daraus folgt ist, dass mit den Protesten viel kritischer umge-

gangen werden muss. Dabei sollte sich jeder Studierende mit der Thematik befassen und sich ein eigenes Bild von den Dingen machen, was natürlich auch in Diskussionsgruppen möglich ist. Wichtig ist, dass möglichst viele sich ein Bild von den Fakten machen, die noch nicht ideologisch verfälscht aufgearbeitet sind. Um es mit Kant zu sagen: „Sapere

***„Sapere aude! habe Mut,
dich deines eigenen
Verstandes zu bedienen“
(Kant)***

aude! habe Mut, dich deines *eigenen* Verstandes zu bedienen“, was also bedeutet, das Hochschulgesetz und weitere Dokumente auch erst

einmal *selbst* zu lesen. Erst dann könnten sich Proteste bilden, die dann auch wirklich hochschulpolitische Themen aufgreifen würden und die nicht nur von einzelnen Gruppen durchgeführt und gelenkt werden würden.

■ **Barnabas Crocker** ist FSR-Mitglied und studiert im 6. Semester am Institut für Politische Wissenschaft, wo er auch Mitglied des Institutsrats ist.

■ **Claudius Elmenthaler** studiert Soziologie in Bielefeld und war lange Zeit Mitglied im Institutsrat Soziologie wie auch im FSR, wo er lange Zeit Finanzreferent war.

Zeichen der Zeit

SOWI und Studiengebühren im Wandel des Protests

Am 9.12.2003 traten die Studierenden des Pferdestalls zum erstenmal in den Streik. Drei Tage lang wurde das Gebäude blockiert, der normale Lehr- und Lernbetrieb verweigert und über die aktuelle Lage an der Uni und anderswo in alternativen Veranstaltungen diskutiert. Anlass war die geplante Nichtbesetzung der Professur für Technik und Umweltgeschichte. Die Schließung des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte drohte. Eigentliche Ursache der Proteste ist die Senatspolitik, welche am Fall SOWI exemplarisch sichtbar wird.

Hochschulen sollen nach Willen von Senat und Handelskammer „effiziente“ Dienstleister für die Wirtschaft werden. Um dies zu erreichen werden Universität und Studierende unter Druck gesetzt. Studienplätze sollen drastisch gestrichen werden und sowohl die einzelnen Fächer als auch die Studierenden selber um die viel zu knappen Mittel konkurrieren. Damit die Studierenden dies freudig mitmachen, droht man Ihnen mit Studiengebühren. Diese dienen nicht nur der Disziplinierung der Studierenden sondern haben den zusätzlichen Vorteil, dass sie "Bummelstudenten" zum Sündenbock für die hochschulpolitische Misere stempeln. Und von der

drastischen Unterfinanzierung der Hochschulen und der eigenen Politik, im Interesse der Unternehmen wird abgelenkt.

SoWi-Hintergrund

Ohne die Professur für Technik- und Umweltgeschichte - der zweiten Professur des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte - wäre das Institut kein Institut mehr, der Studiengang hinfällig. Die Professur für Hamburgische Geschichte sollte an den Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft wechseln. Die Studierenden hätten mit wechseln können und während sich ihr Fach zusehends endgültig auflöst dort zu ende studieren sollen.

Als jedoch am ersten Tag des Warnstreiks die Hamburger Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei platzte keimte neue Hoffnung auf. Für vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Behörde gab es nun nichtmal mehr scheinbar eine Grundlage.

Dies gab gemeinsam mit den langsam wachsenden Organisationsstrukturen der Studierenden den Protesten eine neue Dynamik. Sie überlebten die Winterferien, weiteten sich auf die ganze Uni aus und dauern bis heute an. Wichtiger Teil der Proteste ist der Kampf gegen Studiengebühren.

Teil der studentischen Strategie war es, deren Einführung seitens der Uni mindestens bis nach der Bürgerschaftswahl aufzuschieben. In der Hoffnung eine andere Regierung wäre eher geneigt dem Druck studentischer Bewegung nachzugeben. Der erste Teil dieser Strategie ist geglückt.

Wegen der absoluten CDU-Mehrheit bei der Hamburger Bürgerschaftswahl konnten wir den akademischen Senat der Universität jedoch nicht länger dazu bringen, die Stellungnahme zur Satzung weiter hinauszuschieben. Er sorgte aber immerhin dafür, dass die vorschnell verschickten Schreiben des Unipräsidiums an alle potentiell Betroffenen zurückgerufen wurden. Durch eine extrem kurze Antwortfrist und dem 'Angebot' der rechtzeitigen Exmatrikulation gerieten viele Studierende unter Druck und in Panik.

Mittlerweile liegt dem Hochschulrat ein umstrittener Satzungsentwurf vor. Dieser wurde jedoch zu Redaktionsschluss noch nicht genehmigt. Schon jetzt musste die Satzung aufgrund der Proteste und des studentischen Engagements etwa entschärft werden. Eingreifen ist weiterhin möglich.

Studiengebühren

Laut dem neu eingeführten Hamburger Hochschulgesetz muss die Universität für Studierende, welche die Regelstudienzeit um mehr als 4 Semester überschritten ha-

ben, 500 Euro Studiengebühren erheben. Ebenso werden Studiengebühren für nicht in der 'Metropolregion Hamburg' gemeldete erhoben.

Details hierzu werden in einer Satzung geregelt, die vom Präsidium der Universität erlassen wird. Der Akademische Senat (AS) der Universität Hamburg hat das Recht, eine Stellungnahme zu dieser Satzung abzugeben. Der neu eingeführte Hochschulrat muss diese schließlich genehmigen.

Erfreulicher ist, dass auf der selben Sitzung des AS die Rettung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte durchgesetzt werden konnte. Die Wiederbesetzung der SOWI-Proffessur wurde gefordert und der Auflösung oder Verlagerung des Faches Sozial- und Wirtschaftsgeschichte nicht zugestimmt. Die Professur kann also schleunigst wiederbesetzt werden und das Fach erhalten bleiben.

Dies ist zwar ein Grund zur Freude - jedoch keiner sich zufrieden zurückzulehnen. Vielmehr dient es uns als Zeichen, das sich auch unter einem bestätigten CDU Senat der Rücken gerade machen lässt.

■ **Jan Wischweh**, besser bekannt als r-hold, studiert Informatik und Politik, ist Mitglied im FSR und Referent der Fachschaftsratkonferenz (FSRK).

Wissenschaftliche Kooperation statt Zwangs-Fusion mit der HWP!

"Die Universität setzt ihre Beteiligung an dem Moderationsverfahren zur Gründung einer Fakultät "Wirtschaft- und Sozialwissenschaften" bis zur Neuwahl des politischen Senates aus, mit dem Ziel, die HWP als eigenständige Hochschule zu erhalten."

Beschluss des Akademischen Senats vom 18.12.2003

Seit dem Bericht der mit Wissenschaftsvertretern besetzte Dohnanyi-Kommission und den daraus resultierenden Leitlinien, die Bildung auf den Konsum von Wissen beschränken wollen (sofern das nötige Kleingeld vorhanden ist), gibt es die Anforderung seitens der Wissenschaftsbehörde an die Universität „weitgehend eigenständige Lehr- und Forschungseinheiten“ zu gründen. Wesentliche Funktion der „School“ oder „Fakultäten“-Bildung soll sein, zum einen die Einführung der entwissenschaftlichten Bachelorstudiengänge zu forcieren, und zum anderen die Gremienstruktur zu entdemokratisieren.

Die Fakultäten sollen untereinander in Konkurrenz um Mittel, Studierende, Forscher etc. treten und die Entwicklung von fächerübergreifender Kooperation aus der Einsicht, so die höchste Qualität in Lehre und Forschung zu erreichen, soll monetären Nützlichkeitsüberlegungen weichen. Damit wäre eine wesentliche Grundlage von Interdisziplinarität zerstört.

Für die Fakultät „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, in der die Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) aufgehen soll, wurde, „eine starke Hand“ gerufen, um den sogenannten Moderationsprozess zu leiten: das CHE (Centrum für Hochschulentwicklung, neoliberale Taktgeberin in hochschulpolitischen Diskussionen, eine Einrichtung der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz) mit seinem Leiter, Herrn Müller-Böling. Eine „Moderationsgruppe“ bestehend aus den Dekanen und anderen Vertretern der Universität und der HWP, sollte „Vorschläge“ für eine Fusion erarbeiten, weswegen eine demokratische Legitimation auch nicht von Nöten sei. Das Vertreter der Studierenden an diesem Prozess überhaupt teilnehmen können, ist nur auf vehementen Protest seitens der Studis zurückzuführen. Geplant war, dass den Hochschulsensaten und den Fachbereichsräten eine vierwöchige Frist zur Stellungnahme zu den von der Moderationsgruppe erarbeiteten Papier einge-

räumt werden sollte - die Erarbeitung und Einbeziehung eigener Vorschläge aus den Fachbereichen war nicht vorgesehen. Die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) sollte dann alleine den „Einklang“ der Vorschläge mit den Dräger'schen „Leitlinien“ prüfen und dann Senatsentscheidungen herbeiführen. Der aktuelle Stand sieht folgendermaßen aus: Sollten die Beteiligten nicht im Rahmen der „Leitlinien“ eine Selbstbescheidung durch entsprechende Vorschläge vornehmen, behält sich die BWF vor, diese per Gesetz durchzuführen. Der schon in früherer Zusammensetzung durch Dreistigkeit glänzende Senat leistet sich auch hier wieder ein Paradestück durch die zwanghafte Verordnung von Maßnahmen, die andere auszubaden sollen. Politische und wissenschaftliche Prozesse werden so entdemokratisiert und das Chaos, sprich die Verschlechterung der Studienbedingungen, bewusst in Kauf genommen.

Mit der Auflösung und Neuwahl der Bürgerschaft wurde der Moderationsprozess ausgesetzt, da deutlich wurde, dass die Frage der Schließung der HWP eine Frage der politischen Machtverhältnisse ist. Die Universität Hamburg hat sich, wie die HWP, für den Erhalt der gewerkschaftsnahen Hochschule, die Menschen ohne Abitur das Studium ermöglicht,

ausgesprochen. Jetzt gilt es, dafür zu sorgen, dass sowohl die Universität, als auch die HWP angesichts der rein „schwarzen“ Mehrheit, die entwickelte Kritik am Verfahren sowie die Begründungen gegen die Zusammenlegung nicht in der Versenkung verschwinden lässt, sondern vielmehr um so vehementer gegen die „Zwangsehe“ und für den Ausbau und die Weiterentwicklung interdisziplinärer Forschung und Studiengänge eintritt.

Dabei sollten die in der Grundordnung der Universität gefassten Maßstäbe aufgerufen und angewandt werden: „Im Bewusstsein ihrer wechselvollen und widersprüchlichen Geschichte stellt sich die Universität Hamburg in die Tradition demokratischen Engagements und humanistischer Aufklärung. Wissenschaftliche Kooperation, demokratische Entscheidungsfindung und allgemeiner gesellschaftlicher Nutzen der Wissenschaften sind der Universität und ihren Mitgliedern Aufgabe und Verpflichtung.“ Gegen dieses humanistisches Wissenschaftsverständnis und seine verallgemeinerungswürdige Substanz kann ein Dräger mit seinem marktunterwürfigen Technokratismus nicht an. Diese positive Qualität muss von den Studierenden, wie allen anderen Universitätsmitgliedern, weiterentwickelt, näher fundiert und offensiver gegen die Zumutungen des rechtskonservati-

ven Senates zur Geltung gebracht werden. Gerade aus den Fachbereichen heraus geht es darum den positiven Gehalt des eigenen Faches weiterzuentwickeln und anhand dessen inhaltlich begründete, wissenschaftlich fundierte, fachspezifische Reformvorschläge zu erarbeiten. Dabei können die Uni Hamburg und die HWP sicherlich voneinander lernen, die Kooperation der Streikenden ist dafür ein gutes Beispiel und wird in diesem Semes-

ter seine Fortsetzung finden.

■ **Birgit Bachmeier** ist Mitglied im FSR und im Institutsrat Soziologie. Auf Uni-Ebene ist Sie außerdem im Ausschuss für Lehre und Studium tätig. Organisiert ist sie in der Juso-Hochschulgruppe.

■ **Florian Fey** studiert Politik und ist Mitglied des FSR. Er ist der studentische Vertreter unseres Fachbereichs in den Moderationsgesprächen mit der HWP und den

Impressum

Herausgeber (ViSdP):	FSR Sozialwissenschaften Allende-Platz 1, Raum 118 20146 Hamburg Telefon: 0 40 / 4 28 38 - 61 10 Fax: 0 40 / 45 96 27 E-Mail: sozwiss@gmx.de Homepage: http://www.fsr05.de
Autoren:	Birgit Bachmeier Barnabas Crocker Claudius Elmenthaler Markus End Florian Fey Julia Iversen Felix Schreiter Jan Wischweh
Layout:	Barnabas Crocker

Bibliothek: 1 Euro Pfand

Nicht 25 Cent Zwangspfand, sondern gleich ein Euro wird jetzt bei jedem Bibliotheksbesuch bei uns im Fachbereich verlangt – freiwillig natürlich. Außerdem bekommt man den Euro, wie beim Pfand üblich, auch wieder zurück. Pfand für die Bibliothek?

Seit Ende letzten Jahres gibt es vor der Bibliothek Münzschließfächer, die mit einem Euro gefüttert werden müssen. Endlich gehört also der unsichere Jacken- und Taschenberg in der Bibliothek der Vergangenheit an.

Dies gilt auch für die alten Tische und Stühle, die so alt waren, dass sich niemand im Fachbereich mehr daran erinnern konnte, wann diese angeschafft wurden – vor oder nach dem zweiten Weltkrieg?

Jetzt haben wir schöne neue Möbel in der Bibliothek, außerdem gibt es mehr Arbeitsplätze als bisher, da früher oft alle Tische und Stühle restlos belegt waren. Man sieht, dass sich die Arbeit im Bibliotheks- und EDV-Ausschuss lohnen kann, denn diese Änderungen gehen alle auf studentische Anträge zurück.

Im Bibliotheks- und EDV-Ausschuss wurde im letzten Semester außerdem beschlossen, in der Bibliothek die schon aus der Stabi bekannte elektronische Ausleihe einzuführen, da bereits 40.000 der insgesamt etwa

100.000 Bücher für dieses System vorbereitet sind – die restlichen folgen demnächst. Und wenn ein Buch fehlt, kann es auch von Studierenden zur Anschaffung vorgeschlagen werden. Unter www.fsr05.de haben wir ein Formular bereitgestellt, das eine solche Bestellung ermöglicht. Nutzt diese Möglichkeit, die Geldmittel für die Beschaffungen sind eigentlich immer vorhanden!

Für weitere Anregungen und Vorschläge in den Bereichen Bibliothek und auch CIP-Pool wie auch allgemein ist der FSR immer dankbar, da nur dort etwas verändert werden kann, wo die Missstände bekannt sind und konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Es gibt so viele Möglichkeiten, die Bedingungen zu verbessern, vorausgesetzt man weiß, was konkret angegangen werden soll.

■ **Barnabas Crocker** studiert Politik im 6. Semester und ist Mitglied des Fachschaftsrats. Außerdem ist er als Studentischer Vertreter Vorsitzender des Bibliotheks- und EDV-Ausschusses des Fachbereichs Sozialwissenschaften.

Die Konzept AG stellt sich vor

Wir, die Konzept AG, sind eine Gruppe von unabhängigen und überparteilichen Studenten der verschiedensten Fachbereiche. Ziel unserer AG ist es, langfristig ein Konzept für eine zeitgemäße bzw. zukunftsfähige Hochschule zu entwickeln und aus der Universität heraus Reformvorschläge zu machen. Dabei folgt unsere Arbeit drei Prinzipien:

1. Wir wollen keine Diskussions-themen ausschließen und legen uns nicht vorher auf Ergebnisse fest.
2. Das zu entwickelnde Konzept soll realisierbar sein. Dies bedingt die ausgiebige Auseinandersetzung mit den Komplexen „Hochschulfinanzierung“, „Hochschul- und Studienstrukturen“ und weiteren Reformthemen.
3. Es soll kein rein studentisches, sondern vielmehr ein gesamt-universitäres und somit statusgruppenübergreifendes Konzept erarbeitet werden.

Wenn ihr Interesse an einem offenen, kommunikativen und konstruktiven Umgang mit dem Thema Hochschulmodernisierung habt, bringt euch ein, wir können immer Leute gebrauchen die mitdenken und mitarbeiten. Zudem versuchen wir Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter

sowie Mittelbau und Verwaltung mit einzubeziehen, denn nach unserer Auffassung ist eine erfolgreiche Durchsetzung universitärer Interessen gegenüber der Politik nur möglich, wenn sich die Universität geschlossen präsentiert. Deshalb fordern wir alle, die Interesse an der zukünftigen Entwicklung der Hamburger Universität haben, dazu auf, sich in unsere offene AG einzubringen. Nur durch Nutzung unseres gemeinsamen Know-hows kann ein Erfolg versprechendes Hochschulmodell entstehen.

Bei Interesse oder Nachfragen wendet euch bitte an:
KonzeptAG@web.de

■ **Barnabas Crocker** und **Claudius Elmenthaler** engagieren sich beide in der Konzept-AG wie auch im FSR.

Weitere AGs

Während des Streiks haben sich haben sich viele AGs und Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichsten Themen und Problemen gebildet. Eine Übersicht gibt es auf der Streikhhomepage auf <http://www.allefueraalle-hh.de.vu/> unter dem Menüpunkt AGs. Dort lassen sich genauere Informationen zu den einzelnen AGs und Arbeitsgruppen abrufen.

Eine kritische, demokratische Gegenuniversität!

Aus der Resolution der studentischen Vollversammlung „**Studentische Bewegung für eine solidarische Politik!**“ vom 20. Januar 2004:

„Die Uni muss ein Gegengewicht zur Politik in dieser Stadt werden, deswegen rufen wir alle Mitglieder der Universität dazu auf, aktiv Widerstand zu leisten und sich mit unserem Streik zu solidarisieren.

Dafür setzen wir den Streik an der Universität fort und bekräftigen unsere Forderungen der letzten Vollversammlung. Wir wollen in Form einer kritischen Gegenuni über Aufklärung, Diskussion, Aktivitäten und weitere Proteste unsere inhaltlichen Forderungen weiterentwickeln und ihnen Nachdruck verleihen.“

Auf dieser Grundlage erarbeitet die AG Volksuniversität ein Programm, dass dem durch Konkurrenz um Studienplätze, Noten und geringen Jobaussichten und durch Androhung von Studiengebühren und massiven Demokratieabbau geprägten Hochschulalltag, eine kritische, demokratische Universität entgegenstellen soll. In selbstverwalteten Seminaren, Veranstaltungs- und Vorlesungsreihen sollen gesellschaftliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, kulturelle Verarmung diskutiert, die dahinter stehenden Interessen hinterfragt

und kritisiert und alternative Lern- und Lebenspraxis entwickelt und erprobt werden. Erste ange-dachte Veranstaltungsthemen sind: Universität als Ort der Herrschaftsreproduktion, Einheit von Forschung und Lehre, Imperialismustheorien, lokale Politik und Globalisierung. Durch wissenschaftliche Auseinandersetzung soll die im Streik entwickelte Kritik fundiert, und die Ziele – Wissenschaft, Demokratisierung und sozialer Fortschritt – weiterentwickelt und zur Geltung gebracht werden. Beginnen wird das Programm mit einer „Zukunftswerkstatt“ zur Vorbereitung der Gegenuni – achtet auf die Ankündigungen!

Die Seminare stehen allen Interessierten offen, ob Mitglieder der Universität oder nicht. Diese Veranstaltungen und weitere (Vorschläge und Anstöße sind willkommen) findet Ihr auf der Streikhhomepage www.allefueralle-hh.de.vu. Dort findet Ihr auch den Kontakt zur AG Volksuni.

■ **Birgit Bachmeier** ist Mitglied im FSR und im Institutsrat Soziologie. Auf Uni-Ebene ist Sie außerdem im Ausschuss für Lehre und Studium tätig. Organisiert ist sie in der Juso-Hochschulgruppe.

Die legendäre

Semesteranfangsparty

im Pferdestall (AP1)

findet wieder statt am

Donnerstag, dem 08. April

ab 21 Uhr!

Astra wie immer 1 Euro